

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V.

Juni 2010/2

Zwei Mann im Jeep

Die Befreiung des KZ Buchenwald 1945

Jorge Semprún, sprachgewaltiger Schriftsteller, Kulturminister in einer der frühen frei gewählten spanischen Regierungen nach Francos Diktatur und einstiger Buchenwaldhäftling, sinnt über die beiden Amerikaner nach, die das berühmte Konzentrationslager mitten in Thüringen zuerst erreichten: Egon W. Fleck und Edward A. Tenenbaum. Für Semprún symbolisieren sie – die anscheinend mit besonderen Aufgaben beschäftigten Vorboten der wuchtigen 6. Panzerdivision der US Army unter dem Kommando von General Patton – die Befreiung und das Wunder überlebt zu haben. FREIHEIT UND RECHT dokumentiert die außergewöhnlich lesenswerte Rede vom 11. April 2010 in Buchenwald im vollen Wortlaut:

Jorge Semprún

Es gilt das gesprochene Wort.

(übersetzt von Michi Strausfeld)

Am 11. April 1945 – also vor fünfundsechzig Jahren – fuhr ein Jeep der amerikanischen Armee vor das Eingangstor des Konzentrationslagers Buchenwald.

Zwei Männer sprangen herunter.

Über einen der beiden weiß man nicht viel. Die zur Verfügung stehenden Dokumente erklären kaum etwas. Fest steht lediglich, dass es sich um einen Zivilisten handelt. Aber: warum war er da, in der Vorhut der Sechsten Panzerdivision des nordamerikanischen Militärs unter Führung von General Patton? Welchen Beruf übt er aus? Was ist seine Aufgabe? Ist er vielleicht Journalist? Oder, vermutlich wahrscheinlicher, ist er Experte oder Zivilberater eines

militärischen Informations- und Aufklärungsdienstes?

Man weiß es nicht.

Jedenfalls steht er, nachmittags um fünf Uhr an einem denkwürdigen Tag, vor dem monumentalen Eingangstor des Konzentrationslagers. Er steht da, begleitet den zweiten Mann des Jeeps.

Dessen Identität kennt man: er ist Leutnant, mehr noch, Oberstleutnant, ein Offizier der militärischen Aufklärung, die der Psychologischen Kriegsführung des Stabs von General Omar N. Bradley zugeordnet ist.

Wir wissen nicht, was die beiden Amerikaner dachten, als sie vom Jeep herabsprangen und die Inschrift in schmiedeeisernen Buchstaben betrachteten, die über dem Gittertor von Buchenwald steht: JEDEM DAS SEINE.



Bayerns Innenminister Herrmann erhärtet Forderung nach NPD-Verbot

Rede in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg Seite 5

Robert Hagen

Das Grauen wurde wieder lebendig

65. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau Seite 6



Waldemar Ritter

Eine Rose ist eine Rose

Denkfaulheit bei Demokraten ist gefährlich Seite 10

Inhaltsverzeichnis

Zwei Mann im Jeep

Die Befreiung des KZ
Buchenwald 1945
Rede von Jorge Semprún Seite 1

Impressum Seite 2

Befreiung des KZ Flossenbürg Rede von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann Seite 5

Robert Hagen
**Das Grauen wurde
wieder lebendig**
65. Jahrestag der
Befreiung des
KZ Dachau Seite 6

Martin Rooney
**Die „britischen“
Deutschen** Seite 8

Waldemar Ritter
Eine Rose ist ein Rose Seite 10

Martin Böttger
**War die SED
eine kriminelle
Organisation?** Seite 12

Heiko Bär
**Wie hältst Du's mit
der Vergangenheit?** Seite 13

Armin Pfahl-Traughber
**Das Gewaltverständnis
der Autonomen** Seite 16

Aus dem BWV-Bayern

**Altbürgermeister
Dr. Knobloch
wurde 70** Seite 18

Neuerscheinungen Seite 19

Wir wissen nicht, ob sie Zeit hatten, um wenigstens flüchtig das ganze Ausmaß dieses kriminellen und arroganten Zynismus im Gedächtnis zu registrieren. Ein Satz, der sich auf die Gleichheit der Menschen bezieht, der am Eingang eines Konzentrationslagers steht, dieses todbringenden Ortes, dieses Ortes, an dem nur das völlig willkürliche und brutalste Unrecht praktiziert wurde, wo es für die Deportierten nur eine Gleichheit gab: die Gleichheit vor dem Tod.

Der gleiche Zynismus findet sich in dem Satz, der über dem Eingangstor zu Auschwitz steht: ARBEIT MACHT FREI. Ein Zynismus, der für die Nazimentalität absolut charakteristisch war.

Wir wissen nicht, was die beiden Amerikaner in jenem historischen Augenblick dachten. Aber wir wissen sehr wohl, dass sie mit Jubel und Applaus von den bewaffneten Deportierten begrüßt wurden, die damals am Eingangstor von Buchenwald Wache hielten. Wir wissen, dass sie wie Befreier gefeiert wurden. Und das waren sie, in der Tat.

Wir wissen nicht, was sie gedacht haben, wir wissen kaum etwas von ihren Biographien, ihrer persönlichen Geschichte, kennen weder ihre Vorlieben noch ihre Abneigungen, wissen nichts über ihr familiäres Umfeld, auch nicht über ihre Studienjahre, falls sie sie gehabt haben.

Aber wir kennen ihre Namen.

Der Zivillist hieß Egon W. Fleck und der Oberstleutnant Edward A. Tenenbaum.

Lasst uns hier, auf dem Appellplatz von Buchenwald, fünfundsechzig Jahre später, auf diesem dramatischen Platz, diese beiden vergessenen und großartigen Namen wiederholen: Fleck und Tenenbaum.

Hier, wo die kehlige, unwirsche, aggressive Stimme des Rapportführers hallte, an jedem Tag in jeder Woche, wo er Befehle und Beleidigungen austeilte; hier, wo durch die Lautsprecheranlage an manchen Sonntagnachmittagen auch die sinnliche und warme Stimme von Zarah Leander zu hören war mit ihren immergleichen Liebesschnulzen, hier wollen wir laut, so laut wie nur möglich, und wenn wir schreien müssten, diese beiden Namen wiederholen.

Egon W. Fleck und Edward A. Tenenbaum.

Und dies ist nun die wunderbare Ironie der Geschichte, eine unglaublich signifikative Revanche der Geschichte: die beiden ersten Amerikaner, die mit dem Befreiungsheer an den Eingang von Buchenwald kommen, an jenem 11. April 1945, sind zwei jüdische Männer. Und als ob das noch nicht genug wäre: es handelt sich um zwei amerikanische Juden deutscher Herkunft, die vor nicht allzu langer Zeit emigriert sind.

Wir wissen, aber dennoch ist es nicht müßig, diese Tatsache zu wiederho-

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur

ISSN 05326605

Herausgeber: Dr. h.c. Annemarie Renger †
Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V., www.bwv-bayern.org
Vorsitzender: Bertold Kamm, Schlaunstraße 21, 90480 Nürnberg
Redaktion: Jürgen Maruhn, Tel. 089/1576813, E-Mail: juergen.maruhn@gmx.de
Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg.

Das Bezugsgeld ist bei den Mitgliedern des BWV-Bayern durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft im BWV-Bayern verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 22. Juli 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder verbinden wir den Dank für bisher geleistete Spenden mit der eindringlichen Bitte um weitere.

Ab 20,00 EURO erhalten Sie automatisch eine vom Finanzamt anerkannte Spendenquittung, bei einem ebenfalls hoch willkommenen kleineren Spendenbetrag senden wir eine Spendenquittung auf Wunsch

(Anschrift siehe Impressum, E-Mail: bertoldkamm@web.de).

Die Konto-Angaben lauten:
FREIHEIT UND RECHT,
Konto-Nr. 0107982496, BLZ 701 900 00,
Münchner Bank.

Mit freundlichen Grüßen

Der Herausgeber

len, dass in dem imperialistischen Angriffskrieg, den der Nationalsozialismus 1939 in Gang setzte, und der auf die Schaffung einer totalitären Vorherrschaft in Europa und vielleicht sogar in der ganzen Welt abzielte, wir wissen, dass es in diesem Krieg eine eminent wichtige, eine essentielle Absicht gab: das jüdische Volk kontinuierlich und konsequent auszurotten, ein wahnsinniges und dennoch prioritäres Vorhaben, das zu den Kriegszielen Hitlers gehörte.

Ohne ein Geheimnis daraus zu machen noch irgendein Zugeständnis an etwaige moralische Restriktionen, bildete der rassistische Antisemitismus Teil des genetischen Codes der Ideologie des Nazismus, und dies seit den ersten Schriften von Hitler, seit seinen allerersten politischen Aktivitäten.

Für die so genannte ENDLÖSUNG der jüdischen Frage in Europa, organisiert der Nazismus die systematische Vernichtung im Archipel der Sonderlager des Komplexes Auschwitz-Birkenau, in Polen.

Buchenwald zählt nicht zu besagtem Archipel. Es ist kein direktes Vernichtungslager, mit der kontinuierlichen Aussonderung und Entsendung von Häftlingen in die Gaskammern. Es ist ein Zwangsarbeiterlager, ohne Gaskammern. Der Tod in Buchenwald ist das natürliche und vorhersehbare Ergebnis der extrem harten Arbeitsbedingungen, der systematischen Unterernährung.

Folglich ist Buchenwald ein JUDENREINES Lager.

Dennoch kennt Buchenwald aufgrund konkreter historischer Ursachen zwei verschiedene Etappen massiver Präsenz von jüdischen Deportierten.

Eine dieser Etappen fällt in die ersten Jahren der Existenz des Lagers, als nach der Kristallnacht und dem allgemeinem Pogrom, von Hitler und Goebbels im November 1938 persönlich organisiert, Tausende von Juden, insbesondere von Frank-



Jorge Semprún

Foto: Google-Pictures

furter Juden, nach Buchenwald geschickt wurden.

Noch 1944 erinnerten sich die altgedienten deutschen Kommunisten an die mörderische Brutalität, mit der diese Juden aus Frankfurt in Massen hinterhältig misshandelt und umgebracht wurden. Die Überlebenden wurden dann in die Vernichtungslager in den Osten deportiert.

Die zweite Etappe der jüdischen Präsenz in Buchenwald fällt in das Jahr 1945, gegen Kriegsende, konkret in die Monate Februar und März. Zu jener Zeit wurden zehntausende von jüdischen Überlebenden aus den Lagern im Osten auf Befehl der SS nach Mitteleuropa evakuiert, wegen des Vormarsches der Roten Armee.

Tausende von ausgemergelten Deportierten kamen nach Buchenwald - darunter auch Sinti und Roma -, wurden unter unmenschlichen Bedingungen herbeigeschafft, mitten im Winter, aus dem fernen Polen. Viele starben während dieser endlos langen Fahrt. Jene, die Buchenwald noch erreichen konnten, das damals bereits übervolle Lager, wurden in den Baracken des Quarantänelagers, im KLEINEN LAGER, untergebracht oder in Zelten und Feldlagern, die eigens für ihre notdürftige Unterbringung errichtet wurden.

Unter diesen tausenden von Juden, die damals nach Buchenwald kamen, und die uns direkte Informationen zukommen ließen, die uns ein lebendiges und blutiges Zeugnis der industriell vollzogenen und brutal rationalisierten Massenvernichtung in den Gaskammern lieferten, unter diesen tausenden von Juden gab es viele Kinder und Jugendliche.

Die klandestine antifaschistische Organisation von Buchenwald machte es möglich, dass diesen jüdischen Kindern und Jugendlichen, die Auschwitz überlebt hatten, ein wenig geholfen werden konnte. Nicht viel, und dennoch war es äußerst riskant: es war eine wichtige Geste der Solidarität, der Brüderlichkeit.

Unter diesen jüdischen Heranwachsenden befand sich Elie Wiesel, der

Befreiung KZ Buchenwald

künftige Friedensnobelpreisträger. Unter ihnen befand sich auch Imre Kertesz, der künftige Literaturnobelpreisträger.

Als Präsident Barack Obama vor ein paar Monaten Buchenwald besucht hat, begleitete ihn Elie Wiesel, heute nordamerikanischer Staatsbürger. Man kann vermuten, dass Wiesel diese Gelegenheit nutzte, um den Präsidenten der Vereinigten Staaten über die Erfahrung jener unauslöschbaren Vergangenheit zu informieren, über seine persönlichen Erfahrungen als jüdischer Jugendlicher in Buchenwald.

Auf jeden Fall scheint es mir angemessen, in diesem feierlichen Augenblick, an diesem historischen Ort, an die Erfahrung jener jüdischen Kinder und Jugendlichen zu erinnern, Überlebende von Auschwitz, dem letzten Kreis der Hölle der Nazis. An jene zu erinnern, die aufgrund ihres literarischen Talents und ihrer öffentlichen Aktivitäten, wie Imre Kertesz und Elie Wiesel, bekannt wurden wie auch an jene, die als einfache Helden in die Anonymität der Geschichte eingegangen sind.

Auch ist dies kein schlechter Moment, um eine Tatsache zu betonen, die sich unausweichlich am Horizont unserer Zukunft abzeichnet.

Ich habe es schon vor fünf Jahren im Nationaltheater von Weimar gesagt: die am längsten andauernde Erinnerung an die Nazilager wird die jüdische Erinnerung sein. Und diese wird ihrerseits – wie geschildert – nicht auf die Erfahrungen von Auschwitz und Birkenau begrenzt sein. Seit Januar 1945 wurden nämlich angesichts des Vormarsches der Sowjetarmee, wie ich schon sagte, Tausende und Abertausende von deportierten Juden in die Konzentrationslager von Mitteldeutschland evakuiert.

Daher ist es möglich, dass in der Erinnerung von jüdischen Kindern und Jugendlichen, die das Jahr 2015 sicher überleben werden, ein globales Bild der Vernichtung fortbestehen wird: Eine universalistische Reflexion ist möglich und, wie ich glaube, auch wünschenswert: in diesem Sinn obliegt dem jüdischen Gedächtnis eine große Verantwortung: alle europäischen Erinnerungen an

den Widerstand und das erlittene Leid haben in den nächsten zehn Jahren als letzte Zuflucht und Bollwerk gegen das Vergessen nur noch die jüdische Erinnerung an die Vernichtung.

Es ist die älteste Erinnerung an jenes Leben, da es eben die in jüngstem Alter erlebte Erfahrung des Todes war.

Aber kehren wir einen Augenblick zu jenem 11. April 1945 zurück. Kehren wir zurück zu dem Augenblick, an dem Egon W. Fleck und Edward A. Tenenbaum ihren Jeep vor dem Tor von Buchenwald zum Halt bringen.

Wenn ich viele Jahre jünger wäre, würde ich jetzt vermutlich eine historische Ermittlung beginnen, eine romanhafte Erforschung jener beiden Personen, eine Untersuchung, die den Weg zu einem Buch über jenen 11. April von vor mehr als einem halben Jahrhundert aufzuwürde, zu einer literarischen Arbeit, in der Fiktion und Wirklichkeit sich wechselseitig stützen und bereichern würden.

Aber mir bleibt keine Zeit mehr für ein solches Abenteuer.

Ich beschränke mich daher darauf, an einige Sätze aus dem vorläufigen Bericht zu erinnern, den Fleck und Tenenbaum zwei Wochen später, genau am 24. April, für ihre militärischen Vorgesetzten verfassten, und den man in den Nationalarchiven der Vereinigten Staaten finden kann.

Als wir in die große Zufahrtsstraße einbiegen – so schreiben die beiden Amerikaner – sahen wir Tausende von Männern, in Lumpen gekleidet und ausgemergelt, die in disziplinierten Formationen nach Osten marschierten. Diese Männer waren bewaffnet und hatten Vorgesetzte, die sie umstellten. Einige Abteilungen trugen deutsche Gewehre, andere hatten „Panzerfäuste“ über den Schultern hängen. Sie lachten und machten Gesten wütender Fröhlichkeit, während sie weitergingen ... das waren die Deportierten von Buchenwald, die sich zum Kampf aufmachten, während unsere Panzer sie mit 50 Stundenkilometern überholten.

Dieser „vorläufige Bericht“ ist dank verschiedener Gründe von Bedeutung. Zunächst und vor allem, weil

die beiden Amerikaner, unvoreingenommene Zeugen, ganz klar die Realität des bewaffneten Aufstands beschreiben, den der antifaschistische Widerstand in Buchenwald organisiert hatte – und der während der Jahre des Kalten Krieges zu vielen Polemiken geführt hatte.

Am wichtigsten aber, jedenfalls für mich, und zwar wegen des menschlichen und literarischen Standpunktes, ist ein Wort in diesem Bericht: das deutsche Wort „Panzerfaust“.

Fleck und Tenenbaum schreiben ihren Bericht in der Tat auf Englisch, logischerweise. Aber als sie sich auf die individuelle Waffe beziehen, die gegen einen Panzer gerichtet werden kann, und die in nahezu allen Sprachen der Welt „bazooka“ heißt, und ganz sicher heißt sie so in Englisch, greifen sie auf das deutsche Wort zurück.

Das legt mir den Gedanken nahe, dass Fleck und Tenenbaum, der Zivilist und der Militär, Amerikaner jüngerer deutscher Herkunft sind. Und so beginnt ein neues Kapitel in der romanhaften Erforschung, die ich gerne anfangen würde.

Aber es gibt noch einen weiteren, ganz persönlichen Grund, warum der Begriff „Panzerfaust“, wörtlich also die Faust gegen den Panzer, für mich so wichtig ist. An jenem 11. April 1945 befand ich mich nämlich in der Kolonne bewaffneter Männer, die wütend und fröhlich waren. Ich war einer der „bazooka“-Träger.

Der Deportierte 44904, auf seiner Brust das rote Dreieck, und auf schwarzem Grund war der Buchstabe „S“, für Spanier, aufgedruckt. Dieser Spanier war ich, inmitten der jubelnden Träger von Bazookas oder Panzerfäusten.

Heute, so viele Jahre später, auf diesem dramatischen Raum, dem Appellplatz von Buchenwald, an der letzten Grenze eines Lebens von zerstörten Gewissheiten und von Illusionen, die ich gegen Wind und Wetter bewahrt habe, erlauben Sie mir eine heitere, gelassene und brüderliche Erinnerung an jenen jungen Mann, der mit 22 Jahren eine Bazooka in seinen Händen hielt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vor 65 Jahren:

Befreiung des KZ Flossenbürg

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hielt in Vertretung von Ministerpräsident Horst Seehofer die Hauptrede auf der Gedenkveranstaltung am 25. April 2010

Am Beginn seiner Rede würdigte Staatsminister Herrmann den Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer, den die SS umbrachte – nur zwei Wochen bevor sich die US-Army bis nach Flossenbürg durchgekämpft hatte und die Häftlinge befreite. Er dankte den heutigen Verbündeten und Freunden, deren kampfstärke Armee das Gräuelpolitik der NS-Diktatur beendete.

Weiter führte der Minister aus:

An die Befreiung dieses KZ vor 65 Jahren heute zu erinnern ist vor allem aber auch wichtig für eine Generation, die die Schrecken und die menschenverachtenden Untaten der Nazi-Zeit nicht mehr aus eigenem Erleben kennt.

Denn diese jungen Menschen werden darüber entscheiden, wie Deutschland in Zukunft mit dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte umgehen wird. Ihnen müssen wir in besonderer Weise das „Nie wieder“ vermitteln, das aus dieser KZ-Gedenkstätte als Ort der Unmenschlichkeit und unvorstellbaren Verrohung so eindrücklich spricht. Hier können junge Männer und Frauen die überragende Bedeutung der universalen Menschenrechte, der Toleranz und der Mitmenschlichkeit erfahren. Flossenbürg stellt sich der Diskussion und baut damit Brücken für eine verantwortungsvolle Geschichtsbeurteilung und eine Aussöhnung auf internationaler Ebene. Dies macht die bayerischen Gedenkstätten für den NS-Terror zu unersetzlichen Schulen für Demokratie und Werteerziehung. Die Arbeit der Stiftung Bayerische Gedenkstätten und der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg genießt national wie international einen hervorragenden Ruf. Flossenbürg ist für Bayern als Erfahrungs- und Erinnerungsort für die Aufklärung über die NS-Barbarei, aber auch als Ort der in die Zukunft weisenden Wertevermittlung von unschätzbare Bedeutung.

Wir brauchen die geschichtlichen Lehren, um gefeit zu sein gegen die Geschichtsverklärung der ewig Gestrigen und gegen die Verführungen und Verirrungen moderner Ideologien, gegen die Rattenfänger einer neuen rechtsextremistischen Gesinnung. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, war und ist ein



*Staatsminister des Innern
Joachim Herrmann*

Auftrag, den die Bayerische Staatsregierung sehr ernst nimmt. Der Freistaat Bayern ist sich seiner historischen Verantwortung in einem ganz besonderen Maße bewusst: Das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, die Dokumentationseinrichtung Ober-

salzberg oder die Umgestaltung der ehemaligen Konzentrationslager Dachau und Flossenbürg waren eine große finanzielle und konzeptionelle Leistung. Sie sind wichtig, um dem Vergessen entgegenzutreten.

Die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen, heißt der künftigen Entwicklung rechtsextremistischer Bestrebungen entschlossen entgegenzutreten. Ergänzend zu den bisherigen vielschichtigen Maßnahmen habe ich vor über einem Jahr ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus vorgelegt, das noch eine Reihe zusätzlicher Akzente setzt. Ich nenne hier nur beispielhaft:

Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus

- die Errichtung eines umfassenden Informationsportals „Bayern gegen Rechtsextremismus“ beim Landesamt für Verfassungsschutz sowie
- die Schaffung einer zentralen Informationsstelle gegen Extremismus.

Gerade diese im Frühjahr 2009 eingerichtete Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) findet große Akzeptanz bei der Bevölkerung, bei den Kommunen, Schulen und Verbänden. Sie ist nicht nur wichtiger Ansprechpartner. Zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung stellt sie auch im Internet ein für jedermann zugängliches umfangreiches Informationsangebot zum Rechtsextremismus zur Verfügung.

Information und Prävention allein aber genügen nicht. Ich sehe in den demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Vorstellungen der NPD eine erhebliche Gefahrenquelle. Die NPD ist eine zentrale organisatorische Plattform für viele Rechtsextremisten in Deutschland. Selbst innerparteiliche Finanzkrisen und Skandale führten bislang nicht dazu, dass sie sich auflöst. Damit sie endgültig aus der Parteienlandschaft verschwindet, werde ich mich weiterhin für ein Verbot der NPD einsetzen. Gegenwärtig gibt es dafür allerdings weder im Bundesrat noch im Bundestag eine Mehrheit.

Ich hoffe sehr, dass wir mit einem breiten gesellschaftlichen Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus und Extremismus jedweder Couleur weiterhin erfolgreich sein werden. Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind ein hohes Gut. Bleiben wir wachsam, damit keine schleichende Entfremdung von diesen Werten mitten in unserer Gesellschaft stattfindet!

Gerade Israel und das Judentum sind heute aber nicht nur durch Rechtsextremismus bedroht, sondern mindestens so stark durch wesentliche Teile des radikalen Islamismus. Auch diesen Gefahren müssen wir wirksam begegnen. Gegenüber fanatischer Intoleranz darf es keine falsche Toleranz geben. Das ist auch eine Lehre aus 1933: Wer intolerant gegenüber zu lange toleriert, läuft Gefahr, dass die Intoleranten die Macht übernehmen.

Die Bayerische Verfassung von 1946 und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland prägen eine wehrhafte Demokratie. Eine wehrhafte Demokratie, die wir den letzten 60 Jahren erfolgreich aufgebaut und entwickelt haben. „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“, wie die Präambel des Grundgesetzes formuliert.

„Gott ist mit uns am Abend und am Morgen und ganz gewiss an jedem neuen Tag.“

Lassen Sie uns in dieser Zuversicht alles dafür tun, dass solche Gräueltaten nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt nie wieder geschehen können!

Das Grauen wurde wieder lebendig

BWV-Bayern auf der Gedenkfeier zum 65. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau

Von Robert Hagen

„Wir begreifen unsere Geschichte als Mahnung und wir haben aus ihr gelernt.“

Horst Köhler, Dachau 2010

Am Sonntag, den 2. Mai 2010, fand auf Einladung des Comité International de Dachau (CID) und mit Unterstützung der Stiftung Bayerische Gedenkstätten die Gedenkfeier zum 65. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau statt. Anwesend war eine große Zahl von Zeitzeugen der schrecklichen Vergangenheit aus aller Welt, Bundespräsident Köhler mit Gattin sowie weitere hochrangige Vertreter aus Politik und Gesellschaft.

Der Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V. war durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Ernst Raim zusammen mit einer mehrköpfigen Delegation bei den Feierlichkeiten vertreten und legte zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen

Diktatur einen Kranz nieder.

Unser Ehrenvorsitzender Dr. h.c. Max Mannheimer zeigte sich in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des CID und als Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau hoch erfreut, zum ersten mal in ihrer Geschichte den Präsidenten der



Dr. Ernst Raim, stellvertretender Vorsitzender des BWV-Bayerns, mit den BWV-Mitgliedern Ludwig Hoegner und Eva Winkelmeier Foto: R. Hagen



Max Mannheimer, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau, bei der Eröffnungsrede auf der Befreiungsfeier 2010
Foto: R. Hagen

Bundesrepublik Deutschland zu den Gedenkfeiern begrüßen zu dürfen. In seiner mehrfach von Beifall unterbrochenen Rede zum Auftakt der Zeremonie vor der beklemmenden Kulisse des ehemaligen Krematoriums konnte Mannheimer ranghohe Vertreter von Staat und Religionsgemeinschaften begrüßen, darunter die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Gerda Hasselfeldt MdB, den stellvertretenden Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern, Staatsminister Martin Zeil, und den Stiftungsdirektor Bayerischer Gedenkstätten Karl Freller MdL.

„Wir gedenken der mehr als 40tausend Toten, die in Dachau und den Außenlagern ihr Leben lassen mussten. In wenigen Jahren wird es keinen einzigen Überlebenden Dachaus mehr geben. Das Vermächtnis der ehemaligen Häftlinge und die Hoffnung, dieses düstere Kapitel der 12jährigen Diktatur stets in Erinnerung zu behalten, kann eine Wiederholung der Diktatur in Deutschland verhindern.“

Eine besondere Ehre war es für ihn, mit den einstigen Soldaten der 42. US Rainbow Division, Mr. Lukens und Dr. Fulda, zwei der Befreier des KZ Dachau am 29. April 1945 vorstellen zu können. Zuvor hatte diese Division unter hohen Verlusten die sogenannte Siegfriedlinie durch-

stoßen, den Rhein überquert und in Bayern die Städte Schweinfurt, Würzburg, Fürth und Donauwörth eingenommen. Wie Alan Lukens, späterer Botschafter der USA hernach in seiner bewegenden Rede vor dem internationalen Mahnmahl ausführte, verloren auch etliche der GI's dieser Division ihr Leben, als sie bei der Befreiung des Lagers Dachau von SS-Angehörigen unter Feuer genommen wurden.

Max Mannheimer schloss seine Rede mit einem Aufruf an das neue Europa: „Am 29. April 1945 wurden hier Menschen aus vielen Nationen Europas befreit. Für das heutige Europa wünschen wir uns auch eine Befreiung von rechtsextremem oder linksextremem Wahn, von Antisemitismus und Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und jeder menschenverachtenden Ideologie.“

Neben Bundespräsident Köhler, Martin Zeil, Karl Freller und weiteren Rednern hielt der Präsident des Comité International de Dachau, RA Pieter J.Ph. Dietz de Loos, eine viel beachtete, wegen ihrer sehr persönlichen Interpretation des Geschehens besonders bewegende Ansprache, in der er sich in besonderer Weise auch an die vielen polnischen Delegierten wandte:

„Erlauben Sie mir, den Massenmord in Katyn zu erwähnen. Denn mein

Vater Dirk de Loos, ein politischer Widerstandskämpfer und „Nacht und Nebel“-Häftling, wurde in Folge der Entdeckung des Leichenhaufens von Katyn nicht erschossen: die Nazis, die dieses Verbrechen beschuldigt wurden, haben manche politische verurteilte Widerstandskämpfer nicht hingerichtet. Persönlich lebe ich, meine Familie lebt wegen der Ermordung der polnischen Offiziere in Katyn. Ich bin es dem polnischen Volk persönlich schuldig.“

Pieter de Loos erinnerte daran, dass Dachau „die Schule der Gewalt, das Modell für mehr als 1.650 Konzentrations- und Vernichtungslager, die vom NS-System errichtet wurden“, war. Und dass hier eine Vielzahl von Opfern gefangen gehalten, gequält und gemordet wurde: „Hier im Bunker wurden Häftlinge unsäglich gequält. Von Ärzten, die geschworen hatten, ihre Patienten zu behandeln und zu heilen und sie nicht als Versuchskaninchen auszunutzen, wurden hier pseudo-medizinische Experimente vorgenommen. Hier wurden 583 Homosexuelle interniert, die Malaria wurde zahlreichen von ihnen eingepflicht und manche wurden entmannt. Hier wurden Galgen errichtet und Häftlinge gehängt. Hier wurden 2.720 Geistliche aus zwanzig Nationen inhaftiert. Auf dem benachbarten SS-Schießplatz

Hebertshausen wurden mehr als 7.000 Russen und Ukrainer niedergeschossen. Und hier hat Himmler Lehren gezogen, um die systematische Deportation und Ausrottung des jüdischen Volkes und der Sinti und Roma durchzuführen.“

In diesem Zusammenhang verwies er auch auf die Dokumentation zum Lager Dachau, verfasst vom ehemaligen Häftling und Historiker Stanislav Zamecnik¹. De Loos überreichte dabei ein Exemplar dieses Standardwerkes an Bundespräsident Köhler.

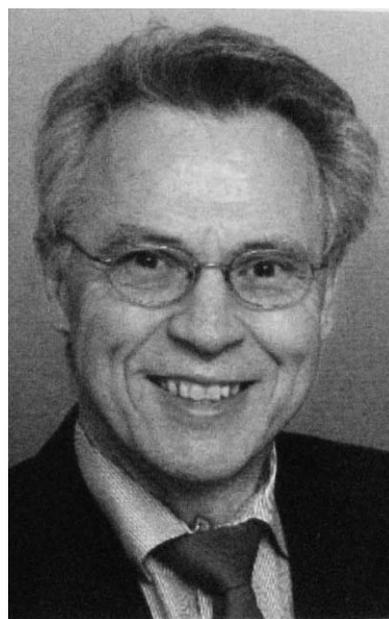
Mit freudiger Überraschung und als besondere Geste der Verbundenheit der amerikanischen Freunde wurde eine Grußbotschaft des US-Präsident Barack Obama aufgenommen, die Alan Lukes überbrachte und verlas: „Unsere Aufgabe bleibt es, das Vermächtnis der Überlebenden in Ehren zu halten. Menschen in aller Welt müssen gegen Intoleranz und Ungerechtigkeit kämpfen.“

„Nie wieder“ – so lautete daher die Schlussfolgerung der meisten Redner – darf sich dies hier wiederholen; an zu vielen Orten auf dieser Welt, so der Präsident des CID, aber sind Rassismus, Unfreiheit und Terror auch heute anzutreffen. Diese zu bekämpfen seien Auftrag und Erbe der Opfer und ihrer Befreier.

Die Feierlichkeiten am 2. Mai in Dachau waren das eine Erlebnis an diesem denkwürdigen Tag. Die leibhaftige Gegenwart Hunderter von Überlebenden und ehemaligen Häftlingen, aus aller Welt angereist, und die Begegnung mit ihnen aber war das eigentlich Bewegende. Die sichtbar Gezeichneten. Ihre Schilderungen. Etwa vom Leidensweg einer Frau - damals Mädchen -, die, in Kaufbeuern bereits ausgesondert, im Winter mit Lumpen um die Füße gewickelt den Weg in die Vernichtungslager im Osten antreten musste. Wie durch ein Wunder durch die heranrückenden Amerikaner befreit und gerade noch gerettet. „Nachts in den Wäldern Oberbayerns kamen die Füchse und fielen über meine halbtoten Mithäftlinge her“. „Sie gehörte zu den Muselman“, murmelte ein Zuhörer in Häftlingskleidung. Sie nickte.

Da war es wieder, das Grauen, „le terreur“, das unfassbar Schreckliche, das in unserem Land und im deutschen Namen wütete. Das auch durch den Ablauf von 65 Jahren nicht zu tilgende Gefühl des Entsetzens, der Trauer - und der Scham.

¹ Stanislav Zámečník: (Hrsg. Comité International de Dachau): Das war Dachau. Luxemburg, 2002, ISBN 2-87996-948-4.



Der Autor

Robert Hagen, Diplom-Mathematiker, ist beruflich in München als Logistikberater tätig. Er ist einer der Sprecher der SEEHEIMER OBERBAYERN, langjähriges Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Europa und Internationale Politik der SPD Oberbayern sowie Mitglied in der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. Seit 2009 ist er Mitglied im Vorstand des BWV-Bayern.

Die „britischen“ Deutschen

Von Martin Rooney

In England hat es schon immer Deutsche gegeben. Im 18. und 19. Jahrhundert war Deutsch nicht nur die Sprache des Königshofs, auch in der Londoner City gab es Zeiten, zu denen man dort fast soviel Deutsch wie Englisch hörte, und ähnliches galt für andere Städte wie Manchester, Bradford, Sheffield oder Bristol. Viele derer, die Deutsch sprachen, waren Juden, doch war auch die Zahl der nichtjüdischen Deutschen in England beträchtlich.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten strömten jährlich Tausende von Flüchtlingen auf die Insel, und dieser Strom wurde

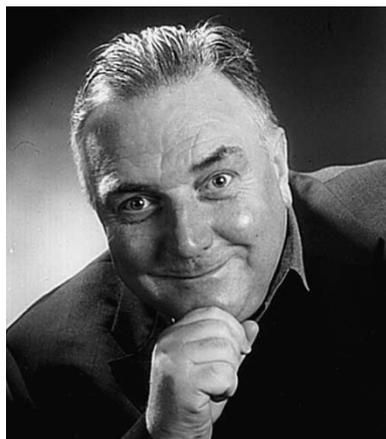
von Jahr zu Jahr stärker. Deutsche Staatsbürger benötigten kein Visum, wohl aber Pass- und Staatenlose. Ob es ausgestellt wurde, entschied nicht der jeweilige britische Konsul, sondern das Foreign Office in London. Die endgültige Entscheidung, ob der Auswanderer aus Deutschland tatsächlich nach Großbritannien einreisen durfte, lag im Ermessen des Einwanderungsbeamten, der den Reisenden beim Betreten britischen Bodens visierte. Er entschied in letzter Instanz darüber, ob der Ankömmling ins Land gelassen wurde oder ob er die Rückreise zum Kontinent antreten musste.

Nur denjenigen, die glaubhaft machen konnten, dass sie dem britischen Staat nicht zur Last fallen würden, wurde die Einreise gewährt. Solche Personen waren entweder begütert, oder sie besaßen irgendwelche Fertigkeiten, an denen es in England fehlte, oder aber es stand fest, dass sie England schnell wieder verlassen würden. 1938 kamen Österreicher und Sudetendeutsche, dann schon zu deutschen Staatsangehörigen geworden, zu den Deutschen aus dem Reich, und im gleichen Jahr begannen die bekannten Kindertransporte, wobei jüdische und christliche Hilfsorganisationen

etwa 10 000 Kinder von rassisch Verfolgten nach England brachten.

Die etwa 75 000 Deutschen, die sich zu Kriegsbeginn 1939 in England befanden, waren ein bunter Haufen. Mehr als die Hälfte dürfte offiziell jüdischen Glaubens gewesen sein, doch es gab auch ein starkes Element von Leuten, die, von den Nürnberger Rassengesetzen zu Juden oder Mischlingen abgestempelt, sich selbst nicht zum Judentum bekannten. Dazu kamen die politischen Flüchtlinge und schließlich auch eine nicht zu vernachlässigende Gruppe von unpolitischen „arischen“ Deutschen. Auch ein paar illustre Namen gesellten sich später hinzu. Darunter waren etwa der Schriftsteller Arthur Koestler, der „entartete“ Künstler Johannes Koelz und Martin Freud, der älteste Sohn Sigmund Freuds. Die große Mehrheit war bürgerlicher Herkunft, doch mussten die Emigranten in vielen Fällen den sozialen Absturz zu mittellosen Asylsuchenden erleiden. Etwa zwei Drittel entstammten dem alten Reichsgebiet, wo sie von überall her kamen, und das restliche Drittel bestand größtenteils aus Österreichern, vor allem aus Wien. In Deutschland waren diese Menschen der Hitler-Diktatur ausgeliefert gewesen. Sobald sie als Flüchtlinge nach England kamen, wollten sie sich revanchieren. Darunter waren Juden, Demokraten, Sozialisten und Konservative, die den verhängnisvollen Illusionen der englischen Pazifisten über das NS-Regime mit großer Skepsis begegneten. Ihre Einstellungen gingen oftmals weit auseinander. Ihr einziges gemeinsames Ziel war der militärische Sturz Hitlers. Den von den Kommunisten vehement verteidigten Hitler-Stalin-Pakt lehnten sie entschieden ab. Als der Krieg begann, verlangten viele sofort, in die britischen Streitkräfte aufgenommen zu werden. Besonders die Insassen eines Flüchtlingslagers in Richborough (Kent), wo an die 3 500 jüdische Flüchtlinge in fast unheizbaren Baracken untergebracht waren, wurden aktiv. Doch die Briten misstrauten ihnen. Ihr eigener Patriotismus und ihre Unfähigkeit, sich in die Lage der Deutschen zu versetzen, führte dazu, dass sie in den Flüchtlingen

eben nur Deutsche sahen. Das hatte zur Folge, dass man alle diese Deutschen, einschließlich der bekannten NS-Gegner, als verdächtige Feindausländer behandelte. Deutsche, die sich zur britischen Armee meldeten, wurden am Anfang nur in unbewaffnete Einheiten des *Auxiliary Military Pioneer Corps*, eine Art Arbeitsdienst, aufgenommen. Die



Der Autor

Dr. Martin Rooney, geb. 1948 in Manchester. Studium Germanistik, Philosophie und Soziologie an den Universitäten Birmingham, Mainz, FU Berlin und Bremen. B.A. (Hons.) und Dr. phil. Ab 1978 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der North East London Polytechnic sowie an der Universität Bremen. Lehrbeauftragter an der Hochschule Bremen. 1. Vorsitzender der Armin T. Wegner-Gesellschaft 1986 - 1999. Seit 1990 freier Autor, Übersetzer und Erwachsenenbildner in Bremen.

ersten sechs Kompanien von je 300 Mann wurden Anfang 1940 aufgestellt. Von diesen kamen fünf nach Frankreich und waren dort im Mai 1940, als die Wehrmacht Frankreich überrannte. Zwei der Kompanien waren in Le Havre, als die alliierte Nordflanke zusammenbrach.

Alle fünf Kompanien wurden um den 16. Juni 1940 über St. Malo oder Brest praktisch intakt nach England zurückgebracht. In den folgenden Monaten versahen die *Pioneers* Hilfsdienste in den von der deutschen Luftwaffe angegriffenen

Städten, wobei sie schmerzhaft Verluste erlitten. Sie wurden auch zum Bau von Verteidigungsanlagen eingesetzt. Durch ihre Bereitschaft zur Pflichterfüllung selbst unter den misslichsten Umständen und ihre allgemein hervorragende Führung erwarben sich die *Pioneers* bis 1942 so viel Vertrauen, dass man sie auch bewaffnete. Etwas später wurde ihnen auch der Beitritt zu fast allen Teilen der britischen Streitkräfte gestattet. Von da an konnten sie auch Offiziere werden. Zu jener Zeit wurde ihnen nahegelegt, an Stelle ihrer deutschen Namen englische Tarnnamen anzunehmen, so dass sie im Falle einer Gefangennahme nicht auffielen. Die meisten der jungen *Pioneers* wurden zu anderen Waffengattungen versetzt, wodurch sie als einzelne in fast alle Regimenter der Armee, in die Marine und in die Royal Air Force kamen. Unter denen, die zu den Fallschirmjägern kamen, waren sie unter den ersten, die am Abend vor der Invasion in der Normandie hinter den deutschen Küstenbefestigungen absprangen. Andere Aktionen, bei denen Deutsche auf britischer Seite in größerer Zahl an verlustreichen Kämpfen teilnahmen, waren Arnheim, Monte Cassino, der Übergang über den Rhein bei Wesel, die Gefechte auf Walcheren sowie die Winterschlacht in den Ardennen.

Ihre Deutsch- und Ortskenntnisse machten diese 10 000 deutschen Freiwilligen, deren Geschichte in den beiden vorliegenden Bänden auf unterschiedliche Weise erzählt wird, zu einer unverzichtbaren Stütze für die Kriegsanstrengungen der Alliierten. Auch nach dem Krieg wurden diese Deutschen gebraucht, um untergetauchte Kriegsverbrecher zu jagen, um eine demokratische Verwaltung, eine unabhängige Justiz sowie eine pluralistische Presse aufzubauen – freilich weitere Gründe für viele Besiegte, die „Überläufer“ zu schneiden. Nach der Ächtung durch die Nazis und der anfänglich lauwarmer Aufnahme in England waren sie jetzt zum dritten Mal Fremde im eigenen Land. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden fast alle britische Staatsbürger. Nur ganz wenige ließen sich als Reemigranten in Westdeutschland

Die „britischen“ Deutschen

nieder. Diejenigen, die wie Helmut Eschwege oder Walter Roberts in die SBZ/DDR gingen, wurden dort von der SED als „Westemigranten“ ausgegrenzt und erbarmungslos verfolgt.

Über sich selbst und seine ehemaligen Kameraden in britischer Uniform während des Zweiten Weltkriegs resümiert Ernest Goodman (Ernst Guttman), damals Soldat bei einer Elite-Einheit, den Coldstream Guards, in einem Interview mit Helen Fry: „Wir taten nur, was wir glaubten tun zu müssen. Wir versuchten, die menschliche Rasse zu retten und der Geschichte eine neue Chance zu geben“ (S. 224).

Der 1923 in Wien geborene Leighton-Langer, dessen Vater in Auschwitz ermordet wurde, flüchtete 1938 nach Großbritannien und brachte es in seiner Militärlaufbahn bis 1945 schließlich zum Offizier der britischen Artillerie. Als Vete-

ran des Zweiten Weltkriegs hat er bis zu seinem Tod 2007 in mühseliger, Jahrzehnte langer Kleinarbeit die faszinierende und erschütternde Geschichte jener deutschen und österreichischen Männer und Frauen erarbeitet, die als Freiwillige in den britischen Streitkräften gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben. Für seine bahnbrechende, faktenreiche, überaus verdienstvolle Überblicksdarstellung hat er neben der spärlichen Literatur viele Gespräche und Briefwechsel mit früheren Kameraden geführt. Die junge englische Historikerin Helen Fry hingegen hat nach der Methode der *Oral History* eine Reihe von ausführlichen exemplarischen Interviews mit einigen der noch lebenden ehemaligen Flüchtlinge und Kriegsteilnehmer erarbeitet. Ergänzt durch bisher unveröffentlichte Materialien aus dem Imperial War Museum, dem Jewish Military Museum und der Wiener Library of Holocaust and

Contemporary History in London hat sie es verstanden, diese Lebensschicksale in ihrem zeitgeschichtlichen Kontext zu erfassen. So lernt der Leser eine Reihe von äußerst spannenden Männern und Frauen näher kennen, die einen großen Beitrag zum Erhalt der Freiheit Europas geleistet haben. Beiden Büchern wünsche ich viele aufmerksame Leser im vereinigten Deutschland.

Peter Leighton-Langer:

The King's Own Loyal Enemy Aliens, German and Austrian Refugees in Britain's Armed Forces, 1939-1945, London 2006 (Valentine Mitchell), 401 S., 25 Pfund

Helen Fry:

The King's Most Loyal Enemy Aliens, Germans who fought for Britain in the Second World War, London 2007 (Sutton Publishing), 240 S., 18,99 Pfund

Eine Rose ist eine Rose

Denkfaulheit bei Demokraten ist gefährlich

Von Waldemar Ritter

„Eine Rose ist eine Rose ist eine Rose ist eine Rose“, schrieb 1935 Gertrude Stein und meinte damit, dass die Dinge sind, was sie sind. Gleichgültig, ob die Rose weiß, gelb oder rot, groß oder klein ist, ob sie Dornen hat oder nicht, ob sie duftet oder stinkt oder überhaupt nicht riecht. Sie ist eine Rose.

Eine Diktatur ist eine Diktatur ist eine Diktatur. Gleichgültig ob sie sich braun, rot, schwarz oder grün lackiert. In Deutschland gab es hintereinander eine braune und eine rote Diktatur. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR über 56 Jahre lang.

Die Universität Leipzig hat auf einer internationalen Fachkonferenz zum Diktaturvergleich bereits 2004 festgestellt: „Ein summarisches Fazit des Vergleichs von faschistischen

und sowjetkommunistischen bzw. ‚realsozialistischen‘, ‚braun oder rot‘ gefärbten Diktaturen besteht darin, dass die totalitäre Durchdringung der Gesellschaft offensichtlich von unterschiedlicher Intensität war und ist.“ Das ist es aber nicht allein. Die Auslösung des Zweiten Weltkrieges durch den Nationalsozialismus des Dritten Reiches, der 55 bis 60 Millionen Menschenleben zum Opfer fielen, und die damit untrennbar verbundene massenhafte Ermordung von sechs Millionen Juden in Europa, von Millionen Mittel/Osteuropäern, vor allem Polen, ist singulär, und selbst mit Italien, dem Ursprungsland des Faschismus, nicht vergleichbar.

Die schweren Verbrechen nach 1945 haben eine andere Dimension. Das kann und darf aber nicht dazu

führen, die totalitäre Diktatur der SED-DDR zu relativieren oder zu verharmlosen. Umso notwendiger ist es, die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten der Diktaturen und totalitären Regime wissenschaftlich herauszuarbeiten, um die verschiedenen Bedrohungen und Gefährdungen der Freiheit, der Demokratie, der Grund- und Menschenrechte rechtzeitig und besser zu erkennen. Das gilt für uns Deutsche in ganz besonderem Maße, auch und gerade durch den Diktaturvergleich zwischen dem Nationalsozialismus des Dritten Reiches und dem ‚real existierenden Sozialismus‘ der SED-DDR.

Dass Vergleichen nicht Gleichsetzen heißt, hat sich allmählich bis in die Klippschulen herum gesprochen. Dass dies ein Staatssekre-

tär in Sachsen-Anhalt noch nicht wusste, und offenbar den Artikel 5 des Grundgesetzes nicht immer „unterm Arm“ trägt, zeigt, zu welchem Erkenntnisgewinn auch ein Amtsträger in Deutschland durch Diktaturvergleich als Mittel der Extremismusforschung gelangen kann. Er sollte wissen, dass die SED den Vergleich fürchtete, wie der Teufel das Weihwasser. Noch vier Jahre vor der Revolution in der DDR bezeichnete sie über ein „Autorenkollektiv“ „die Totalitarismus-Doktrin als ideologisches Vehikel imperialistischer Konfrontationsstrategie.“ Das scheint, wie vieles andere in der Linkspartei, noch nachzuwirken, wenn es um den Vergleich von NS- und SED-Diktatur geht.

Deutschland ist das einzige Land Westeuropas, dass die Erfahrung beider Totalitarismen hatte. Aus dieser historischen Erfahrung erwächst die besondere Aufgabe Deutschlands; kein anderes Land kann diese Erfahrung besser verständlich machen. Dazu gehört der Vergleich von Nationalsozialismus und Kommunismus im Sinne ihrer inhumanen Zielsetzung und der Anwendung der Mittel, im totalen Herrschaftsanspruch und Führungsprinzip sowie ihrer Ausschließlichkeitsideologien. Dazu gehört auch, was wir niemandem gestatten sollten: den Unrechtsstaat DDR hinter dem Schreckensregime der Nationalsozialisten zu verstecken.

Wolf Biermann hat zu recht gesagt, dass das Kriminalgewicht des nationalsozialistischen Holocaustregimes ungleich schwerer war, als das der Hammer-und-Zirkel-DDR. Aber, so fragt er weiter, ob ein so totalitäres scheußliches System wie das des „real existierenden Sozialismus“ etwa weniger scheußlich dadurch wird, wenn es ein noch scheußlicheres, ein noch perfideres, ein noch schrecklicheres gab? Wer vom Totalitarismus schweigt, sollte auch nicht über die Freiheit reden. Man kann auch nicht zur Tagesordnung übergehen und die totalitären Wurzeln der Linksaußenpartei übersehen. Und wir müssen neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn schon deshalb von den beiden deutschen Diktaturen spre-

chen, damit wir nicht noch einmal das Falsche aus unserer Geschichte lernen. Denn wer keine Verantwortung für die eigene Geschichte übernimmt, sollte auch keine Verantwortung für die Zukunft übernehmen.

Das gilt nicht nur für die höchste Ebene der Diktaturen oder nur für die Herrschaftsform oder bestimmte Strukturmechanismen, es gilt gleichermaßen im Blick auf die Mikroebene, auf die lokale oder die regionale Ebene, auf den Vergleich mit anderen Diktaturen und in so genannten sektoralen Fragen. Dafür zwei Beispiele:

Das erste, das selbst in der aktuellen Diskussion um Hartz 4 offenbar niemand weiß oder wissen will. Der Nationalsozialismus des Dritten Reiches hat „Asoziale“ und „Arbeitsscheue“ ohne Gesetz in Konzentrationslager gezwungen. Im „real existierenden Sozialismus“ der DDR haben die Vorgänger der Linkspartei dieses Verhalten als Gesetz gefasst, in den § 249 des Strafgesetzbuches der DDR. Danach wurde derjenige, „der das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger oder die öffentliche Sicherheit gefährdet, indem er sich aus Arbeitsscheue einer geregelten Arbeit entzieht“, mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren belegt. Im Wiederholungsfall drohten bis zu fünf Jahren Haft. Vielleicht will der Fraktionsvorsitzende der Linksaußenpartei an diesem Beispiel zeigen, dass die DDR kein Unrechtsstaat gewesen ist.

Exemplarisch auch ein quantitativer Vergleich der Stasi mit dem KGB und der Gestapo. Die Stasi der DDR hatte um ein vielfaches mehr Mitarbeiter als die Nazigestapo und der sowjetische KGB zusammen. Das besondere der Erben der DDR-Nomenklatura ist, dass sich seit Jahren demokratische Politiker und andere Leute mit den alten MfS- und SED-Kadern ins selbe Bett legen, Kader, die „das kaum getrocknete Blut ihrer Opfer noch am Ärmel haben.“ Was in Bautzen, in Sachsenhau, in Buchenwald, in Hohenschönhausen und anderen Orten während der Nazizeit und danach in der SBZ/DDR geschah, muss unverstellt ans Tageslicht, weil wir das den Opfern und Widerstandskämpfern schul-

dig sind, weil wir feststellen und aussprechen müssen, was wirklich gewesen ist, weil wir auch im Nachhinein nicht wegschauen und verleugnen dürfen und weil so etwas „nie wieder“ geschehen darf.

In der Ethik gibt es den Grundsatz des Sein-Sollens-Fehlschlusses: Was ist, legt noch nicht fest, was sein soll. Das gilt für die zwei feindlichen Brüder und ihre Wurzeln, die beiden nicht verbotenen Parteien NPD und „Die Linke“, die auch wissenschaftlich verglichen werden sollten. Geist ist die Voraussetzung für alles, was wir können, auch für das bereits oder nur vermeintlich erklärte. Vor allem an unseren Schulen und Universitäten sollte eine Aufklärungsoffensive über die Nazi- und DDR-Vergangenheit beginnen. Hitlers Schreckensregime ist im kollektiven Bewusstsein der Deutschen gespeichert. Beim totalitären Unrechtsstaat DDR haben wir noch erheblichen Nachholbedarf.



Der Autor

Dr. Waldemar Ritter ist Politikwissenschaftler und Historiker sowie Vorstand des Deutschen Politologenverbandes. Mehr als drei Jahrzehnte war er für deutschlandpolitische Fragen und innerdeutsche Kulturangelegenheiten des Bundes verantwortlich. Im ZDW mehren sich Stimmen, eine Persönlichkeit mit diesem Erfahrungshintergrund auch in den Vorstand zu wählen.

War die SED eine kriminelle Organisation?

Von Martin Böttger

Politiker der Linksaußenpartei räumen heutzutage in aller Regel ein, dass es in der DDR Unrecht gegeben habe, behaupten jedoch im gleichen Atemzug, dass dieser Staat insgesamt kein Unrechtsstaat gewesen sei. Ihre Vorgängerpartei, die SED habe viele Fehler gemacht, sie wäre aber von Anfang an legitimiert gewesen, die „führende Rolle“ im Staat DDR zu spielen. Deswegen habe es auch die erste frei gewählte Volkskammer der DDR im Jahre 1990 unterlassen, die SED als kriminelle Organisation zu bezeichnen und ihre Nachfolgepartei zu verbieten. In der Tat: ein Sonderausschuss dieses Parlaments konzentrierte sich in dieser bewegten Zeit auf die Staatssicherheit als „Schild und Schwert der Partei“ und ließ deren Auftraggeber, die SED, außen vor.

Hatte denn überhaupt die SED Schuld auf sich geladen, fragen manche. Ich erinnere mich an eine Podiumsdiskussion am 7. Oktober 2004 in Zwickau, als MdL Klaus Bartl diese Frage vehement verneinte. Die SED, so Bartl, der bis 1989 Abteilungsleiter für Staat und Recht der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt dieser Partei war, sei die legitime Vertreterin der Arbeiterklasse gewesen. Sie hätte die Machtfrage von Anfang an und für alle Zeit definitiv geklärt und mit gutem Recht „keine Luft ran gelassen“. Alle, die es gewagt hätten, die Machtfrage zu stellen, hätten damit die verfassungsmäßige Ordnung der DDR in Frage gestellt und seien deswegen zu Recht verurteilt worden.

So wie Klaus Bartl argumentieren auch heute noch Politiker der Linkspartei, indem sie der SED noch nachträglich das Recht zubilligen, 40 Jahre lang die Regierungspartei gestellt zu haben. So fragt es sich schon, wie einzelne demokratische Politiker auf die Idee kommen können, es sei an der Zeit, an „Versöhnung“ zu denken gegenüber einer Partei, die sich ihrer Methoden der Diktaturdurchsetzung in den 1940er Jahren nicht nur nicht schämt, son-

dern offenbar stolz darauf ist und als Argument zur Legitimierung der Diktatur der „Arbeiterklasse“ ins Feld führt. Was die tatsächlichen Arbeiter in der DDR von dem Aufkleber „Herrschaft der Arbeiterklasse“ hielten, haben sie durch den Aufstand des 17. Juni 1953 der Nachwelt unzweideutig mitgeteilt.

Die ersten und letzten Wahlen auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone fanden im Herbst 1946 statt. Bei diesen Landtags- und Kreistagswahlen erhielt die SED zwar 47,5 % der Stimmen, jedoch nicht die angestrebte absolute Mehrheit. Bei diesem Ergebnis ist zu berücksichtigen, dass die Mitbewerberinnen CDU und LDP wegen noch fehlender Ortsverbände benachteiligt waren und dass die Kommunisten auch mit Hilfe des sowjetischen Militärs bereits im April 1946 ihre stärksten Konkurrenten, die Sozialdemokraten, durch Zwangsvereinigung ausgeschaltet hatten.

Am 20. Dezember 1947 setzte die sowjetische Besatzungsmacht den demokratisch gewählten Parteivorstand der CDU ab und schuf eine Abhängigkeit dieser Partei von der SED. Im April und Mai 1948 gründeten die sowjetischen Besatzer noch zwei weitere Parteien: DBD und NDPD. Diese wurden alsbald mit den bisher existierenden, schon weitgehend gleichgeschalteten drei Parteien zur „Nationalen Front“ vereinigt. Die Führung dieses „Blocks“ übernahm die SED.

Ab 1950 gab es dann keine Wahlen mehr, sondern nur noch Abstimmungen über Einheitslisten der „Nationalen Front“. Das bedeutet, dass die SED bis zu diesem Zeitpunkt die absolute Macht an sich gerissen hatte und keine Repression scheute, um diese Macht zu behalten. Im Februar dieses Jahres gründete sie das Ministerium für Staatssicherheit, das in erster Linie dafür zu sorgen hatte, die SED-Macht zu bewahren. Keine Wahl konnte die SED stürzen, denn es gab nichts zu wählen. SED-Kritiker verschwanden in Gefängnissen oder wurden außer Landes gejagt.

Es ist also Lüge, wenn ehemalige

SED- und heutige Linkspartei-Mitglieder behaupten, die Machtausübung in 40 Jahren DDR wäre legitim gewesen. Seit 1950 hat die SED ihre Macht illegal ausgeübt, man könnte auch sagen, sie hat sich die Macht erschlichen. Ist das strafbar? Ich denke, bereits nach DDR-Recht wäre das strafbar gewesen. Der § 96 des Strafgesetzbuches der DDR von 1968 lautet: „Wer es unternimmt, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR durch gewaltsamen Umsturz oder planmäßige Untergrabung zu beseitigen oder in verräterischer Weise die Macht zu ergreifen; ... wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe bestraft.“

Gerade die SED hat aber „in verräterischer Weise die Macht ergriffen“. Also hätte man unter Anwendung des § 96 StGB der DDR, der übrigens mit „Hochverrat“ überschrieben ist, durchaus eine Handhabe besessen, diese Partei als kriminell zu bezeichnen und ihre Nachfolgepartei zu verbieten.

Ich will damit nicht behaupten, dass alle SED-Mitglieder kriminell waren. Sie wurden aber von ihrer Führung kriminell missbraucht, indem ihnen eingeredet wurde, sie hätten auf ewig das Recht, die Regierung zu bilden. Das Recht der Regierungsbildung hatte die SED allenfalls bis 1950, danach war die DDR eindeutig als Unrechtsstaat zu bezeichnen. Dies muss immer wieder betont werden, wenn heute aus falsch verstandener Rücksichtnahme nicht vom Unrechtsstaat DDR gesprochen wird.

„Es war nicht alles schlecht!“ und „Es war nicht alles Unrecht!“ hört man immer wieder. Es ist Aufgabe der politischen Bildung, die Bevölkerung darüber aufzuklären, was in unserer Vergangenheit rechtmäßig und was unrechtmäßig ablief. Ein Land, das unrechtmäßig regiert wird, kann kein Rechtsstaat sein.

Der Autor

Martin Böttger ist Außenstellenleiter Chemnitz der BStU

Wie hältst Du's mit der Vergangenheit?

Zur erneuten Bildung eines Bewertungsausschusses in Leipzig

Leipzig hat's in sich. Nicht nur, weil einst Goethe es ein „Kleinparis“ nannte. Hier im Brennpunkt der Revolution vor zwanzig Jahren artikuliert sich die Gesellschaft zum ersten Mal nach 56 Jahren Diktatur in Deutschland. Das Volk entdeckte sich selbst, seine Kraft und seine Souveränität: „Wir sind das Volk“. Die Abläufe von 1989/90 waren ein Intensivkurs in Demokratie für die Europäer und damit alle Deutschen. Und Erinnerungsarbeit („Aufarbeitung“) beinhaltet nicht nur die deprimierende Diktaturvergangenheit, sondern auch die Hochstimmung der Überwindung des verhassten Regimes. Wie geht Leipzig heute mit dem Thema um? „Unterschiedlich“, so könnte die Antwort lauten. Da gibt es zum Beispiel junge Stadträte, die sich energisch und von einem klaren freiheitlichen demokratischen Standpunkt aus dieser Debatte widmen und die Geschichtsklitterung der Linkspartei kenntnisreich und mit Niveau aufs Korn nehmen. Einer von ihnen ist der sozialdemokratische Stadtrat Heiko Bär. 1989 war er 12 Jahre alt. FREIHEIT UND RECHT konnte ihn als Autor gewinnen.



Der Autor

Heiko Bär, Jahrgang 1977, freiberuflicher Lehrer, aufgewachsen in Leipzig, heute Stadtrat seiner Heimatstadt

Von Heiko Bär

Selbst 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution stellen sich immer wieder die politischen Gretchenfragen: „Wie hältst Du's mit der Vergangenheit?“, und damit indirekt auch: „Wie hältst Du's mit der Demokratie?“. Ganz besonderes Interesse erwecken die Fragen jedoch in der Heimatstadt der Friedlichen Revolution, in Leipzig. Hier befasste sich am 24. März dieses Jahres der Stadtrat mit der erneuten Einrichtung eines Bewertungsausschusses zur Prüfung und Bewertung von Stasiverstrickungen aller Ratsmitglieder, die 1989 mindestens 18 Jahre alt gewesen waren. Der Ausschuss besteht so seit der ersten Legislatur des Leipziger Stadtrates nach der Revolution. Verbunden ist die Einrichtung mit der Aufforderung an alle betreffenden Stadträte, eine Erklärung zu ihren MfS-Kontakten abzugeben. Aufgabe wird dann die Nachfrage bei der Stasi-Unterlagenbehörde und die Bewer-

tung der erklärten und abgefragten Ergebnisse. Und zwar, dies ist das Wichtige daran, hat die Bewertung ganz individuell nach der persönlichen Schuld und dem Umgang des Einzelnen damit zu erfolgen. Ausdrücklich solles keine pauschalen Verurteilungen geben, und das ist in den bisherigen zwei Jahrzehnten auch nicht passiert.

Die Verarbeitung einer Diktatur, wie die der DDR, kann nur funktionieren, wenn wir wissen, wie wir mit den Tätern umgehen sollen. Für mich als Christ finde ich darauf nicht zuletzt Antworten in meiner Religion: Erwartet wird die Einsicht in die Schuld, ernsthafte Reue für Verfehlungen, die Bitte um Vergebung und die Buße im Sinne als Arbeit an der inneren Haltung. Dann – und wirklich erst dann – kann Vergebung funktionieren, wohl wissend, dass für die Opfer oft genug noch Abstand, Zeit und Kraft erforderlich sind. Wichtig ist auf jeden Fall,

überhaupt den Weg zur Vergebung aufzeigen zu können. Erstens weil kein Mensch im Leben vor Fehlern gefeit ist, zweitens aus Respekt vor der Einsichtsfähigkeit des Menschen (wenn sie denn ehrlich und nicht interessengeleitet ist), und drittens, wiederum ganz pragmatisch (wir kennen uns Menschen doch selbst am besten), weil ohne das Aufzeigen dieser Möglichkeit Aufklärung von Unrecht, Schuldeingeständnis, Umkehr, Neuorientierung, ja und letztlich mit dem Vergeben auch eine Versöhnung der Gesellschaft verhindert werden würde.

Da ich selber nun bereits zur nächsten Generation nach den Tätern und Opfern gehöre, könnte man meinen, die Vergebung dieser Verbrechen und ihre Voraussetzungen sollte mich, meine Generation und die, die nach uns kommen, nicht weiter kümmern. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Erstens ist Geschichte – auch Zeitgeschichte – dazu da,

Bewertung der Vergangenheit

um bewahrt zu werden, aus ihr zu lernen und sie weiterzugeben. Zweitens stellt sich auch für meine Generation die Frage des Umgangs mit den Tätern von einst in der aktuellen politischen Arbeit. Und für beide Punkte ist es natürlich von besonderem Interesse zu wissen, wie eben jene Täter mit ihren Verfehlungen umgehen, die ja gerade in der heutigen Zeit ganz offenkundig wurden. Es geht nämlich sowohl um das Geschichtsbild über die Täter in der Nach-Revolutionen-Ära, als auch um die Souveränität im heutigen politischen Umgang mit ihnen.

Und damit zurück zur Bildung des Bewertungsausschusses in Leipzig. Für die allermeisten Ratsmitglieder ist es schlichtweg unerträglich, mit Kollegen zusammenarbeiten zu müssen, die ihre Stasiverstrickungen verheimlichen wollen, sie im nachhinein zu rechtfertigen suchen, oder sich trotz Stasibelastung lediglich als Wendehälse in die neuen Verhältnisse retten konnten. Der Wille der Bürgerbewegung von 1989, die Macht der Stasi für immer zu brechen, ist auch heute noch im Leipziger Stadtrat so übergreifend, dass die Einrichtung des Bewertungsausschusses von allen Fraktionen gemeinsam beantragt wurde, von allen – außer der Fraktion der „Linken“, welche aber ebenfalls dazu eingeladen war. Entsprechend gespannt konnte man dann auch auf die Begründung sein, welche für die ablehnende Haltung der „Linken“ denn nun gegeben werden sollte. Denn es handelt sich bei der Partei immerhin um nicht mehr und nicht weniger die gleiche, welche selber aufgefordert ist, mit ihrer eigenen Verantwortlichkeit der Beseitigung der Demokratie, der diktatorischen Herrschaft und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit umzugehen, und die gleichzeitig nicht müde wird zu betonen, sie würde dies ja zur Genüge tun. (Ganz davon abgesehen, dass dazu mehr gehört als bloße Lippenbekenntnisse bei gleichzeitiger Behinderung der Aufklärung des Verbleibs verschwundenen SED-Vermögens und des Pochens auf die SED-Rechts-

nachfolge bei Urheberrechtsstreitigkeiten. Gerade bei Institutionen, welche durch höchste Verbrechen delegitimiert sind, und welchen im Gegensatz zu natürlichen Personen immer der Weg der Selbstauflösung offensteht, um diese Delegitimierung zu dokumentieren, kann eine glaubhafte Reue wohl auch nur in genau dieser Auflösung bestehen. Aber dann wäre ja auch das schöne, als legal zugesprochene Westgeld futsch.)

Wie lauten also die Beweggründe einer solchen Partei, deren Vergangenheitsbewältigung selber so sehr zu wünschen übrig lässt und die verzweifelt um ein sauberes Öffentlichkeitsbild kämpft? Es geht diesmal so weit, alles vergessen zu machen. Tatsächlich! Man traut den Ohren nicht. Vergeben und Vergessen sollen wir! „Die Zeit spielt bei Fragen der Schuld eben eine entscheidende Rolle“, erklärte die Rednerin der „Linken“-Fraktion während der Aussprache. „Selbst die Tatbestände der gefährlichen Körperverletzung oder der schweren Freiheitsberaubung verjähren nach zehn Jahren.“ Dass es neben der rechtsstaatlichen Würdigung eben auch die moralische gibt, scheint dabei nicht so wichtig zu sein. Und aus dem oben erwähnten, sowohl für Täter als auch für Opfer recht anspruchsvollen christlichen Vergebungsprozess bleibt für die „Linken“-Rednerin nur soviel „[...] festzustellen, dass in Deutschland, einem Land, in dem man immer so stolz auf seine jüdisch-christliche Tradition ist, die ja den Aspekt der Vergebung der Sünden in den Mittelpunkt stellt, in diesem Deutschland schuf man das Stasi-Unterlagen Gesetz [...]“

Dies ist jedenfalls schon mal ehrlicher, als 5 Jahre zuvor die Ablehnung noch mit formaljuristischen Schwierigkeiten und der angeblichen Verfassungswidrigkeit des Beschlussvorschlages begründet und die Einrichtung des Ausschusses und der begleitenden Prozeduren entsprechend bekämpft wurden. Trotzdem muss unbedingt daran erinnert werden, dass Verge-

bung niemals ein Blanko-Scheck sein kann oder darf. Dies käme einer Verhöhnung der Opfer und einem unverantwortlichem Umgang mit Schuld gleich. Dies zu dulden oder hier weg zu schauen würde genauso bedeuten, mitschuldig zu werden, wie die einstigen Handlanger des Systems. Deshalb bleibt es geradezu moralische Pflicht, auch weiterhin auf unakzeptables Verhalten oder das Herunterspielen von Verbrechen aufmerksam zu machen und weiter zu kritisieren.

Gelegenheit dazu gibt es in letzter Zeit leider viel zu oft. Denn seit einigen Jahren machen Stasi-Rentner in Vereinigungen mit hochtrabenden und manchmal anmaßenden Bandwurmmnamen immer öfter und dreister mobil. Sie nennen sich ISOR („Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e. V.“), GBM („Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.“) oder GRH („Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V.“) und kämpfen vordergründig für soziale Gerechtigkeit und vor allem gegen das Rentenstrafrecht, also Rentenabzüge z.B. für ehemalige MfS-Mitarbeiter. Mehr oder weniger nebenbei geht es aber auch um ein positives Geschichtsbild von DDR und Stasi, um Reinwaschung und Leugnung von Verbrechen, ja es sei sogar „der Kriminalisierung einzelner Organe der DDR – besonders ihrer Schutz- Sicherheits- und Rechtspflegeorgane entgegenzutreten“. Man ist sich nicht einmal zu schade, Meinungen wie die folgenden zu verbreiten: „Zunächst sind wir uns einig, dass die ‚Stasikeule‘ das Produkt einer gesteuerten Meinungsmanipulation der Sieger ist und kein unvermeidliches Resultat des Scheiterns der DDR.“ „Wer sich also mit Oberflächlichkeiten und Schlagworten nicht zufrieden gibt, sondern die Rechtssysteme beider deutschen Staaten unvoreingenommen betrachtet, miteinander vergleicht und zum Gegenstand seriöser Untersuchungen macht, der

wird bald erkennen, dass es nicht die DDR ist, die das Etikett 'Unrechtsstaat' verdient! Man möchte ehrlich gesagt heulen oder sich gar übergeben!

Bei diesen Auseinandersetzungen darf aber auch nicht vergessen werden, dass die Stasi als Organisation nicht einfach im politisch luftleeren Raum schwebte. Die Bezeichnung MfS - „Ministerium für Staatssicherheit“ hört sich für heutige demokratische Ohren manchmal wie ein neutrales Staatsorgan an, mit dem politische Kräfte höchstens bedingt etwas zu tun haben könnten. Aber die Stasi war viel mehr, nämlich „Schild und Schwert“ derjenigen Partei, welcher die Aufklärung von Stasiverbrechen, die Aufklärung von Verstrickungen in derartige Verbrechen und das Ziehen von Konsequenzen daraus heute wohl eher lästig ist. Die Stasi war nichts als ein Instrument der SED, mit dem Auftrag ihre Herrschaft zu sichern, bis hin zur inneren Säuberung der Partei selbst. So galt die SED-Programmatik als Arbeitsrichtlinie des MfS, waren die SED-Bezirksvorsitzenden direkte Auftrags- und Befehlsgeber der Staatssicherheit in ihrem Revier und bestimmte die SED über wichtige Personalentscheidungen ihres eigenen Repressionsapparates. Auch dass die SED ihr Schild und Schwert gegen Ende 1989 / Anfang 1990 ganz bewusst dem Volkszorn auslieferte, um sich selber in die neue Zeit hinüber zu retten, darf nicht davon ablenken, wer Koch und wer Kellner war.

Vor diesem Hintergrund ist aber gerade das heutige Verhältniss der „Linken“ zu den Stasi-Schützlingen von einst besonders kritisch zu hinterfragen. Wer im Internet nach den regelmäßigen Terminen, Sprechstunden und Treffpunkten der genannten Stasi-Rentner-Vereine in Leipzig sucht, der erhält auf einer Seite den besten Überblick: auf der Internetpräsenz der Leipziger „Linken“. Hübsch aufgelistet sind dort gleich utereinander alle drei auf einmal präsent. Wie praktisch für all diejenigen, die gerade mehr oder weniger im Zweifel sind,

welchem deutschen Staat denn das Etikett „Unrechtsstaat“ anzuhängen sei. Noch praktischer, dass gleich zwei von den dreien direkt von der Geschäftsstelle der Leipziger „Linken“, vom Karl-Liebknecht-Haus aus operieren. Man kennt das ja aus den alten Zeiten, als die Leiter der Stasi-Bezirksverwaltungen gleichzeitig Mitglieder der SED-Bezirksleitung waren und mit am Tisch saßen.

Und es geht weiter. Die ISOR vermeldet mittlerweile offen: „Wohl die meisten Mitglieder der ISOR sympathisieren mit der Partei DIE LINKE. Welche andere Partei mit Ausichten auf eine parlamentarische Vertretung ihrer sozialen Interessen gäbe es denn wohl sonst?“ Kein Wunder, dass die Leipziger Politgrößen der „Linken“ gern gesehene Gäste bei den Stasi-Rentnern sind. Umgekehrt, mischen die wiederum aktiv im politischen Geschäft mit, sammeln gemeinsam mit den „Linken“ Unterschriften für Petitionen und Bürgerbegehren in Leipzig, worauf nicht zuletzt auch die örtliche Presse aufmerksam wird.

Gemünzt auf die Verantwortung, welche die SED, also die „Linke“ für die Stasi-Verbrechen zu tragen hat, ist dieser Umgang, dieses Verhalten nichts anderes als das sture Ignorieren und Leugnen der Verbrechen der Vergangenheit. Mehr noch, es ist damit die Wiederholung und das Festhalten an diesen Verbrechen. Es ist der erneute Schlag ins Gesicht der Opfer. Und als Wahrheit muss man wohl zusammenfassen: Bei der Ablehnung des Bewertungsausschusses in Leipzig durch die „Linke“ geht es eigentlich weder um juristische Verjährung oder andere formaljuristische Bedenken. Es geht der „Linken“ schlicht und ergreifend um Interessenpolitik für Stasi-Rentner, die endlich einen Schlussstrich unter die Debatte möchten. Und es geht um das Geschichtsbild der Stasi, die vermeintlich bloß dafür sorgte, „dass die Frauen nachts sicher auf die Straße konnten“ und die DDR als vermeintlich „legitimen Versuch einer sozialen Alternative“. Oder

plakativ gesprochen: Es geht um ein konservatives und reaktionäres Weltbild, welches auch der „Linken“ zu eigen ist.

Man möchte die Menschen aufrütteln, um das Verharmlosen von Stasi- und damit SED-Verbrechen nicht weiter zu tolerieren. Doch das Gegenteil passiert: Ministerpräsident Platzeck ruft zur Integration der „Linken“ auf, vergisst aber, dass auf politischer Ebene genau wie auf persönlicher zuerst eine glaubwürdige Reue, die damit verbundene Bitte um Vergebung und eine glaubwürdige innere Umkehr nötig sind. Wie am vorgebrachten Leipziger Beispiel zu erkennen, ist davon nicht einmal die kleinste Entwicklung in die vorgegebene Richtung vorhanden. Auch Platzecks Beispiel der Versöhnung Kurt Schumachers mit Überlebenden der Waffen-SS hinkt genauso. Erstens hätte es keine Versöhnung geben können, wenn diese Männer noch Teil einer Nazi-Organisation gewesen wären, in der umbenannten Nazi-Partei vielleicht sogar!? Und zweitens stehen auch hier die Voraussetzungen der Vergebung wie der Fels in der Brandung, als Sicherheit für den souveränen Umgang mit den Tätern. Genau hier hat sich die junge Bundesrepublik ja auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert, obwohl damals sogar alle Nazi-Organisationen aufgelöst waren und es vor allem um die individuelle Mitschuld ging. Die griffige Parole „mehr Demokratie wagen“ kritisierte dennoch neben anderem nicht zuletzt auch das latent unbeschwerte Verhältnis zum Nazi-Reich. Und hier schließt sich der Kreis wieder. „Wie hältst Du's mit der Vergangenheit?“ Was können wir nunmehr sowohl aus der Geschichte als auch aus der Zeitgeschichte lernen? Dass Vergebung an harte Bedingungen geknüpft ist. Eine Vereinfachung, ein „Schwamm drüber“ sind und bleiben deshalb ein Fußtritt gegen Menschlichkeit und Demokratie und damit auch gegen die Ideale der Revolution von 1989/90.

Das Gewaltverständnis der Autonomen

20 Thesen zu Besonderheiten, Funktionen, Selbstverständnis und Vermittlung

Von Armin Pfahl-Traugber

1. Allgemeine Aussagen über die Autonomen können nur schwer formuliert werden: Erstens gibt es zu dieser linksextremistischen Subkultur keine breiter entwickelte empirische Forschung. Zweitens besteht über viele Fragen innerhalb dieses politischen Lagers selbst kein klarer Konsens. Auch und gerade zum Gewaltverständnis bleiben viele Detailaussagen selbst intern nicht ohne Einwände und Widerspruch.

2. Die erwähnten Schwierigkeiten zeigen sich schon bei der Benennung von typischen Merkmalen der Szene, die hier in einem allgemeinen Sinne in folgenden Punkten gesehen werden: a) fundamentale Ablehnung der bestehenden Gesellschaftsordnung, b) anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente, c) subjektivistisches Verständnis der „Politik der ersten Person“, d) Ablehnung entwickelter Institutionen und Organisationsstrukturen.

3. Gewaltbereitschaft und -tätigkeit gelten den Autonomen nicht nur als Ausdruck legitimer Einstellung und Handlungsoption, sondern als immanentes und selbstverständliches Element der eigenen Identität: „Militanz ist in unseren Augen notwendiger Bestandteil linksradikaler Politik, sowohl im allgemeinen Sinn der konsequenten, kämpferischen Haltung an sich, als auch im engeren Sinn von politischer Gewalt“ (AiB, S. 380).

4. Idealtypisch lassen sich zwei Formen von Gewaltanwendung ausmachen: Straßenkrawalle bei

Demonstrationen, wobei es auch um relativ willkürliche Angriffe gegen Personen wie Polizeibeamte und Rechtsextremisten geht, und Anschläge mit Sachbeschädigungen, welche mit Hilfe von Brand- und Sprengsätzen gezielt gegen bestimmte Einrichtungen des Staates oder der Wirtschaft durchgeführt werden.

5. Die letztgenannten Taten versuchen die Verantwortlichen, in ausführlichen schriftlichen Erklärungen zu legitimieren. In den jeweiligen Texten begründet man zwar die Auswahl der Anschlagziele mit dem Verweis auf angebliche oder tatsächliche Missstände und Untaten in den genannten Bereichen. An einer dezidierten Begründung für das gewalttätige Agieren und den Verzicht auf gewaltfreies Vorgehen mangelt es darin aber meist.

6. Somit stellt sich die Frage, welchem Typus von Gewaltlegitimation die Taten der Autonomen zurechenbar sind. Die diesbezügliche Forschung unterscheidet idealtypisch folgende Formen von Gewalt: a) den zweckrationalen Einsatz zur Durchsetzung eigener Interessen, b) den wertrationalen Einsatz zur Etablierung besonderer Moralvorstellungen und c) den expressiven Einsatz im Sinne eines Selbstzwecks.

7. Offiziell bringt die Autonomen-Szene sowohl ihr allgemeines wie ihr gewalttätiges Agieren mit dem Kampf für eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ und der Schaffung von entsprechenden „Freiräumen“

in Verbindung. Gewaltanwendung kann indessen selbst aus der Binnensicht der Szene aufgrund der bestehenden Kräfteverhältnisse und gesellschaftlichen Rahmensituation keine erfolgversprechende Strategie zur Erreichung dieser Zielsetzung sein.

8. Somit stellt sich die Frage nach dem Selbstverständnis und dem Selbstzweck der Gewalt für die Autonomen. Eine entsprechende Bereitschaft und Tätigkeit verortet man szene-intern als besondere Ausdrucksform der Militanz, wobei der Begriff für eine fundamentale Ablehnung der bestehenden Gesellschaftsordnung und unabdingbare Notwendigkeit zu grundlegenden Widerstandshandlungen steht.

9. Damit einher geht die Ablehnung des Gewaltmonopols des Staates, wobei dessen zivilisatorische Erziehungskraft zur Einhegung von Gewalt in der Gesellschaft im Sinne einer bloßen Wahrnehmung als Repressionsinstrument ignoriert wird: „Für eine revolutionäre Linke ... kommt die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols einer Bankrotterklärung gleich“ (Interim, Nr. 657/2007, S. 7).

10. Die damit einhergehende voraufklärerische Dimension erhebt ganz im Sinne einer „Politik der ersten Person“ die Anwendung von Gewalt zu einem Bestandteil individueller Emotionalität und irrationaler Willkürlichkeit, welchen man als einen hedonistischen und romantischen Akt der Befreiung deutet:

„Freiheit ist ... der kurze Moment, in dem der Pflasterstein die Hand verlässt, bis zum Moment, wo er auftritt“ (Radikal, Nr. 98/1981).

11. Der Gewaltanwendung kommt damit auch die Dimension eines Mythos zu, welcher sich in der Beschwörung von Heldentum, Kampf und Voluntarismus ergeht. Ganz im ideengeschichtlichen Sinne von Georges Sorel (1847-1922) artikuliert sich dabei die rücksichtslose und vollständige Verwerfung der bestehenden kulturellen und politischen Ordnung und der damit verbundenen Prinzipien Rationalität und Rechtsstaatlichkeit.

12. Somit gehört die Gewaltakzeptanz und -anwendung auch zum notwendigen Bestandteil der lebens- und subkulturellen Identität der Autonomen: Man definiert sich selbst als sozial und damit auch normativ außerhalb der Gesellschaft stehend. Dies schließt den Bruch mit etablierten Regeln im gesellschaftlichen wie im rechtlichen Sinne ein, was dann auch im Verständnis von Gewalt als legitimer und normaler Handlungsform mündet.



Der Autor

Armin Pfahl-Traughber, geboren 1963, Dr. Phil., Dipl.-Pol., Dipl.-Soz., Professor an der Fachhochschule des Bundes, Brühl, Fachbereich öffentliche Sicherheit, Arbeitsfelder: Antisemitismus, Extremismus, Politische Theorie, Totalitarismus, Zeitgeschichte

13. Dieser Einstellung kommt hohe Bedeutung für die emotionale und personelle, soziale und verhaltensbezogene Identifikation mit der Subkultur zu: Entsprechende Aktivitäten stehen scene-intern für ein Bekenntnis politischer Art und einen Bruch mit der Gesellschaft, für eine Identität mit den Autonomen und einen Reifegrad im Bewusstsein: „Der erste Molli. Es ist wie mit dem ersten Kuss ...“ (AiB, S. 54).

14. Die Gewalthandlung an sich wird dann in dieser Perspektive als Ausdruck von Freiheit und Abenteuer wahrgenommen: „Wenn Steine oder Mollis flogen, dann war das häufig eine Befreiung – von den Zwängen des Alltags, der Unterdrückung und Entfremdung.“ Und weiter heißt es zur subjektiven Rezeption: „... das kollektive Plündern von Supermärkten war für uns der Gesang von Freiheit und Abenteuer“ (AiB, S. 148).

15. Neben dieser Bedeutung von Gewaltanwendung als Ausdruck eines Lebensgefühls spielt auch deren Funktion zur Binnenintegration eine bedeutende Rolle. Über die Erfahrung unmittelbarer Aktionen heißt es etwa: „Das stärkte ... auch unseren Gruppenzusammenhalt und das stärkte unsere Gruppe in dem Gesamtgefüge autonomer Zusammenhänge. Das verlieh uns Macht, wenn auch nur für einen Augenblick“ (AiB, S. 148).

16. Der Verweis darauf, dass Gewalt als Ausdruck eines Lebensgefühls anzusehen ist, will nicht die politische Dimension entsprechender Handlungen abstreiten oder ignorieren. Gleichwohl fällt auf, dass zwar die Gesellschaftskritik, aber nicht die Gewaltanwendung politisch legitimiert wird – sieht man von dem pauschalen Verweis auf die Notwendigkeit individueller Gewalt gegen die „strukturelle Gewalt“ der herrschenden Verhältnisse ab.

17. Deutlich zeigt sich dies auch bei der Thematik „Vermittlung“ von Aktionen in den Bereich der Öffentlichkeit oder des Umfeldes: Einerseits schreckt man aus taktischen Gründen vor Anschlägen auf einzel-

ne Personen zurück, finden solche Taten doch kaum Akzeptanz. Andererseits kalkulieren Autonome durch ihr Agieren die Tötung von Polizeibeamten ein, wozu es bislang nur zufällig noch nicht gekommen ist.

18. Gerade die bei dem geplanteren Gewalttyp „Anschläge“ niedrigere und bei dem spontaneren Gewalttyp „Straßenkrawalle“ höhere Gefährdung von Personen macht deutlich, dass Gewalthandlungen in der Selbstwahrnehmung der Autonomen ein Faszinosum und Lustgewinn mit charismatischer und ekstatischer, irrationaler und rauschhafter Dimension gegen soziale Ordnung und Regeln darstellen.

19. In der psychischen Dimension der Gewaltanwendung im Sinne von Körperwahrnehmung und Lebensgefühl besteht bei allen ideologischen Gegensätzen eine mentale Gemeinsamkeit von linksextremistischen und rechtsextremistischen Autonomen: Beide Szenen beschwören den „Kampf als inneres Erlebnis“ (Ernst Jünger), huldigen einem ästhetischen Gewaltverständnis und inszenieren sich als heroische Straßenkämpfer.

20. Die demokratische Linke - gemeint ist hier nicht eine politische Partei, sondern ein politisches Spektrum - sollte nicht nur aufgrund der extremistischen und militanten Ausrichtung der Autonomen eine klare Abgrenzung gegenüber solchen Szenen vornehmen: Deren gerade in der Gewaltgeneigtheit zum Ausdruck kommendes Selbstverständnis ist nicht überspitzt gesellschaftskritisch und radikal, sondern zutiefst irrational und voraufklärerisch.

Die Zitate entstammen folgenden Primärquellen: AiB: A.G. Grauwacke, Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin 2003, es handelt sich um eine Selbstdarstellung zur Geschichte der Autonomen; Interim und Radikal: die beiden Publikationsorgane druckten bzw. drucken regelmäßig Erklärungen der unterschiedlichen Autonomen-Gruppen ab und galten bzw. gelten als bedeutendste Print-Medien der Szene.

Aus dem BWV-Bayern

Altbürgermeister Dr. Knobloch wurde 70

Am 7. Mai konnte der BWV-Bayern seinem Vorstandsmitglied Dr. Ekkehard Knobloch zum runden Geburtstag gratulieren. Er gehört zu den jüngsten

Jahrgängen, die als Kinder gerade noch den Krieg und seine unmittelbaren Folgen mitbekommen haben. 1945 aus Schlesien geflüchtet siedelte die Familie 1949 nach Gauting (nahe bei München) um. Dem Abitur schloss sich 1960 und 61 Dienst in der Bundeswehr an, den Ekkehard Knobloch als Leutnant der Reserve beendete. Es folgten Jura-Studium, Promotion zum Dr. jur. und Tätigkeit als Rechtsanwalt. 1972 wurde er 2. Bürgermeister von Gauting, und sechs Jahre später wählten die Gautinger einschließlich der Bürger hinzugekommener Nachbarorte

den parteiunabhängigen, nicht nur fähigen, sondern auch beliebten Kommunalpolitiker in direkter Wahl zum 1. Bürgermeister. Und sie wiederholten das dreimal, so dass der Altbürgermeister nun auf eine Amtszeit von 24 Jahren – zuzüglich der sechs Jahre als 2. Bürgermeister – zurückblicken kann.

Insgesamt drei Jahrzehnte hat Ekkehard Knobloch die heutige Gemeinde Gauting gerade auch geistig-kulturell maßgeblich mitgeprägt. Kultur war und ist für ihn



immer auch politische Kultur. Für ihn bedurfte es nicht erst der berühmten Rede Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985, um erkannt zu haben, dass die militärische Niederlage Deutschlands 1945 – wenn auch im Endeffekt nur in den drei Westzonen und in Berlin(-West), d.h. die grauenvolle Tragödie endete nicht, ohne

eine zweite Tragödie zu hinterlassen – eine Befreiung war. Sichtbare Zeichen der antinationalsozialistischen Aktivität während der Amtszeit von Bürgermeister

Knobloch – inzwischen Bestandteil einer Tradition, die übrigens von seiner Amtsnachfolgerin Brigitte Servatius (SPD) im gleichen Sinne weitergeführt wird – sind:

Aufstellung des ersten Mahnmals zur Erinnerung an den Todesmarsch von Dachau ins Oberland (1989)

Aufstellung des gemeindlichen Mahnmals in Yad Vashem (1989)

Anbahnung des Schüleraustausches zwischen einem Gymnasium nahe Rehovot/Israel und dem Gautinger Otto-von-Taube-Gymnasium

War bis jetzt von der Vergangenheit Ekkehard Knoblochs die Rede, so muss er selbst gar nicht daran erinnert werden, dass er auch eine Gegenwart und eine Zukunft hat. Sein Terminkalender und die Gautinger tun dies bereits im Übermaß. Einer wie Ekkehard Knobloch wird gebraucht – von seinen Mitbürgern, von vielen Vereinen und Verbänden und vom Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) in Zukunft eher verstärkt.

Neuerscheinungen

David Priestland:

Weltgeschichte des Kommunismus

Von der Französischen Revolution bis heute.

Aus dem Englischen von Klaus-Dieter Schmidt,
München 2009 (Siedler-Verlag), 487 S., 32 €

Beschreibung ohne Analyse

Die Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre erfolgte „Auflösung“ vieler Staaten des „real existierenden Sozialismus“ erlaubt nach zwanzig Jahren eine bilanzierende Rückschau der Epoche des Kommunismus. Immerhin lebten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gut ein Drittel der Weltbevölkerung unter kommunistischen Regimen. Eine umfassende Betrachtung zum Thema will der in Oxford lehrende Historiker David Priestland in seinem voluminösen Werk „Weltgeschichte des Kommunismus. Von der Französischen Revolution bis heute“ vornehmen. Es konzentriert sich in den Worten des Autors „auf die Ideen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Kommunisten selbst, behandelt aber auch die Erfahrungen derjenigen, die unter ihrer Herrschaft lebten“ (S. 22). Priestland geht in dem Werk historisch-chronologisch vor und widmet sich insbesondere den Aufstiegs- und Niedergangsprozessen. Dabei hebt der Autor in diesem Entwicklungsprozess vor allem die Besonderheiten der bedeutenden Personen an der Spitze hervor.

Die zwölf Kapitel des Buches behandeln die vier Hauptphasen der „Weltgeschichte des Kommunismus“: Die Darstellung setzt bei der Französischen Revolution ein, wo für den Autor erstmals die Hauptelemente der kommunistischen Politik zutage traten. Danach geht es um die Herausbildung des Marxismus als Ideologie und dessen erste parteipolitische Protagonisten. Die zweite Phase des Kommunismus steht für Priestland ganz im Zeichen der Sowjetunion, beginnend mit der Oktoberrevolution und Lenins Politik bis zur Machtkonzentration und Repression unter der totalitären Diktatur Stalins. Die Ausweitung kommunistischer Herrschaft nicht nur in Osteuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, sondern auch in Afrika, Asien, China oder Kuba behandelt Priestland danach. Hier sei Stalins halbkoloniale Ordnung entstanden, es habe aber auch eigenständige Entwicklungsprozesse gegeben. Und schließlich widmet der Autor sich der vierten Phase, welche für den Niedergang der kommunistisch beherrschten Staatensysteme steht.

Bilanzierend bemerkt er zu den gesellschaftlichen Folgen der politischen Herrschaft in ihnen: „Der Kommunismus vermittelte eher den Eindruck einer stagnierenden Man-

gelwirtschaft wie in Kriegszeiten als denjenigen von pulsierender Modernität. Noch abträglicher als die wirtschaftlich Sklerose war die Kluft zwischen kommunistischem Ideal und Realität. ... Auch durch seine eigene Gewaltgeschichte, ob nun durch das Verhalten der neuen Regime in Entwicklungsländern oder durch die Erinnerung an stalinistische und maoistische Verbrechen, wurde der Kommunismus in zunehmendem Maß diskreditiert ... Auch die alltägliche Repression verdeutlichte die Verbindung zwischen Marxismus und Unmenschlichkeit.“ Und weiter heißt es: „Mit einigen dieser Ideen, insbesondere der Ablehnung liberaler Rechte und der Vorstellung von einem künftigen vollkommenen Volksskonsens wurden totale staatliche Kontrolle und Mobilisierung gerechtfertigt, selbst wenn dies nicht den Vorstellungen von Marx und Engels entsprach.“ (S. 683f.)

Bei Priestlands „Weltgeschichte des Kommunismus“ handelt es sich um ein ausgesprochen informatives und gut geschriebenes Werk. Es macht auch bereits einleitend darauf aufmerksam, dass die radikale und romantische Dimension mit der modernistischen und technokratischen Dimension des Marxismus notwendigerweise bei der gesellschaftlichen Umsetzung in Konflikt geraten musste. Gleichwohl dominieren doch kritische Aspekte im Gesamturteil über das Buch: Immer dann wenn Priestland über die durchaus gelungene Form der historischen Erzählung hinaus gehen müsste, enttäuscht das doch allzu sehr der Beschreibung verpflichtete Werk. Priestland liefert schon zu Beginn keine klare Definition für das mit dem Kommunismus gemeinte Phänomen. Insofern verwundert auch der „Start“ mit den Jakobinern der Französischen Revolution, hätte man mit einem solchen Verständnis doch sogar noch viel früher ansetzen können. Leider sind die Kapitel auch nicht klarer gegliedert, um diese „Weltgeschichte des Kommunismus“ als Handbuch nutzen zu können.

Armin Pfahl-Traugher

Wolfgang Wippermann :

Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich

Berlin 2009 (Rotbuch-Verlag), 160 S., 9,90 €

Unseriöse „Streitschrift“

Kann man die DDR und das Dritte Reich miteinander vergleichen? Oder läuft ein solche Perspektive auf die Verharmlosung der NS-Diktatur und ihrer Verbrechen hinaus? Dient eine solche Perspektive den politischen Interessen der Konservativen und Rechten? Diese Fragen

bilden den „roten Faden“ für Wolfgang Wippermanns Buch zum Thema. In „Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich“ geht der Berliner Historiker von der weit verbreiteten Auffassung von den „beiden Diktaturen in Deutschland“ bzw. den „beiden totalitären Staaten“ aus. Wörtlich heißt es bei ihm: „Wird doch landauf, landab ständig von der ‚zweiten deutschen Diktatur‘ gesprochen, wenn die DDR gemeint ist. Die DDR bzw. der ‚SED-Staat‘ soll genauso totalitär wie der NS-Staat, Honecker wie Hitler, die Stasi wie die Gestapo, das berüchtigte DDR-Gefängnis Bautzen wie Auschwitz gewesen sein und so weiter und so fort“ (S. 8). Gegen diese Sicht auf die deutsche Geschichte will Wippermann mit seiner „Streitschrift“ (S. 122) argumentieren.

Sie gliedert sich in drei große Teile: Zunächst führt Wippermann die kritisierten Positionen auf die Extremismus- und Totalitarismustheorie zurück, welche er eher für Ausdruck von politischer Ideologie und unwissenschaftlicher Perspektive hält. Danach geht der Autor auf öffentliche Diskurse und Kontroversen anhand der Renaissance der Totalitarismustheorie, dem Bild von der „autitären“ DDR und der Deutung der Stasi als „rote Gestapo“ ein. Und schließlich widmet er sich Institutionen und Personen am Beispiel der Enquetekommission zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR-Diktatur, dem Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin oder der Gauck- bzw. Birthler-Behörde. Als Fazit formuliert Wippermann bereits im Vorwort: „Die Vergleiche und Gleichsetzungen von DDR und Drittem Reich sind weder empirisch noch theoretisch hinreichend zu begründen. Es handelt sich vielmehr um Ideologien, die zunächst gegenwartspolitischen Zielen dienen, konkret der Verteufelung der PDS/Die Linke und der Verklärung ihrer parteipolitischen Gegner“ (S. 12).

Außerdem habe diese Sicht der Dinge eine folgenreiche vergangenheitspolitische Intention: „Nicht Drittes Reich und Holocaust sollen wie bisher im Mittelpunkt des kollektiven Gedächtnisses und Gedenkens stehen, die DDR bzw. ‚zweite deutsche Diktatur‘ soll hier einen möglichst ähnlichen und gleichberechtigten Platz erhalten“ (S. 12). Die Dämonisierung des SED-Staates diene nicht zuletzt einer immer mehr um sich greifenden Täter-Opfer-Umkehrung. Und weiter heißt es: „Die DDR war unzweifelhaft deutsch und mit Sicherheit auch eine Diktatur – aber keine ‚zweite deutsche Diktatur‘, die mit der faschistischen zu vergleichen oder gar gleichzusetzen ist. Anderslautende Bekundungen sind bisher nicht bewiesen worden. Weder durch einen empirischen Vergleich beider Regime noch durch eine Theorie, die das zu vergleichende auf den Begriff bringt, denn die in diesem Zusammenhang verwendeten, aber schon lange Zeit vorher entwickelten Begriffe und Theorien haben sich als unzureichend erwiesen“ (S. 116).

Wippermann stellte sein Buch als „Streitschrift“ vor. Ein solches Werk muss sich formbedingt nicht um Ausgewogenheit und Differenziertheit bemühen. Gleichwohl sollte auch eine „Streitschrift“ – insbesondere aus der Feder eines Wissenschaftlers – um die korrekte Präsentation des Kritisierten bemüht sein. So etwas kann in Wippermanns Buch nur selten ausgemacht werden. Ständig wirft er in der Darstellung die Begriffe „Gleichsetzung“ und „Vergleich“ inhaltlich durcheinander: Eine „Gleichsetzung“ behauptet eine Identität, ein „Vergleich“ fragt nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Bei dem letztgenannten Verfahren kommt man zu dem Ergebnis, dass eines von beidem überwiegt. Wird das Kriterium „diktatorischer Staatstyp“ angelegt, so lautet das Ergebnis, dass DDR und Drittes Reich diesem Regimetyp zuzuordnen sind. Damit verbindet sich keinesfalls die Aussage, die Folgen beider Systeme seien gleichrangig. Selbstverständlich hat die DDR keine Massenmorde an Juden umgesetzt und keinen Weltkrieg hauptsächlich zu verantworten.

Eine Gleichsetzung von Folgen der beiden Diktaturen behauptet wohl weder in der Öffentlichkeit noch in der Wissenschaft niemand. Auch die einleitend zitierten Aussagen, wonach NS- und SED-Staat, Hitler und Honecker, Auschwitz und Bautzen, Gestapo und Stasi gleichgesetzt würden, bilden allenfalls einen „Strohmann“. Dabei handelt es sich um eine Manipulationstechnik, welche im Diskurs dem Kritisierten sachlich unangemessen eine absurde Position unterstellt, um ihn so einfacher „widerlegen“ zu können. Derartiger Techniken bedient sich Wippermann vor allem im ersten größeren Teil seines Buchs immer wieder. Mitunter behauptet er schlicht falsches: Für den totalitären Charakter von Nationalsozialismus und Stalinismus gibt es sehr wohl Belege (vgl. S. 47), so etwa selbst in dem von Wippermann in anderer Hinsicht mitunter zutreffend kritisierten Studie von Carl F. Friedrich. Wippermann spricht übrigens selbst von „beiden totalitären Regimen“ (S. 21) und widerlegt sich so mit der eigenen Wortwahl.

Mitunter ignoriert er gegenteilige Sachverhalte: So hat etwa der linke Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel (vgl. S. 134) sehr wohl vergleichende Betrachtungen im Sinne der Extremismus- und Totalitarismustheorie angestellt. Neuere Ansätze in der Diktaturforschung nimmt Wippermann nicht zur Kenntnis, weder taucht die Forschungsübersicht von Detlef Schmiechen-Ackermann noch die Studie von Juan L. Linz zu Diktaturtypen in seinem Literaturverzeichnis auf. Und schließlich verkennt der Autor auch: Die Totalitarismustheorien verstehen sich überwiegend als idealtypische Modelle. Insofern werden ihre Annahmen auch nicht durch die Detailforschungen der Faschismus- oder Kommunismusforschung widerlegt. Und schließlich sei noch auf folgenden Aspekt verwiesen: Sicherlich wird der DDR-Drittes Reich-Vergleich auch politisch instrumentalisiert, gleichwohl widerlegt dies nicht den inhaltlichen Kern der damit verbundenen Aussagen. Und: Die Extremismus- und Totalitarismustheorie wird nicht nur von Konservativen und Rechten vertreten.

Armin Pfahl-Traugher